

## **Das geht die doch nichts an!** **Vorschäden im Sachschadenrecht**

Von Rechtsanwalt Carl Christian Roß, Meißen

Durch den Schadenersatz soll der Geschädigte so gestellt werden, als wäre das schädigende Ereignis nicht eingetreten. Um seinen Anspruch durchzusetzen, muß der Geschädigte u.a., darlegen und ggf. beweisen, daß die geltend gemachten Schäden auf dem Schadenereignis beruhen (haftungsbegründende Kausalität) und daß die Schadenbeseitigung den behaupteten Umfang hat (haftungsausfüllende Kausalität). Hierzu muß der Geschädigte darlegen u.a., daß die Sache vor dem Ereignis in einem bestimmten Zustand (status quo ante) war und nach dem Ereignis (status quo) in einem hiervon negativ abweichenden ist. Für diese Differenz muß das Ereignis ursächlich sein.

Der status quo ist meist einfach festzustellen. Fest stehen muß jedoch auch der status quo ante. Der status quo ante ist bei einer neuen Sache einfach festzustellen. Bei einer benutzten Sache ist dieser Vergleich jedoch schwerer anzustellen. Schon übliche Gebrauchsspuren mindern den Wert einer Sache im Vergleich zur Neusache. Ein Gutachten geht daher bei der Bemessung des Wiederbeschaffungswertes mindestens von üblichen Gebrauchsspuren aus bzw. berücksichtigt Wertverbesserungen als Abzug Alt für Neu. Manchmal hat die beschädigte Sache jedoch starke Gebrauchsspuren oder sie hatte bereits früher schon einen Schaden. Schadenrechtlich ist es unerheblich, ob eine solche Abweichungen vom Neuzustand auf starke Abnutzung zurückzuführen ist oder auf vorherige Schadenereignisse.<sup>1</sup> Beides sei in der Folge als Vorschaden bezeichnet.

Vorschäden sind im Versicherungsrecht und im Sachschadenrecht relevant. Vorliegend geht es um Vorschäden im Sachschadenrecht.

Wenn der Vorschaden an einer anderen Stelle verortet ist als die neue Schadenstelle, denken Geschädigte oft, Vorschäden gingen den Schädiger nichts an, und verschweigen diesen oder sie denken, der Versicherer wird von dem Vorschaden nicht erfahren.

Vorschäden sind haftungsrechtlich in vielerlei Hinsicht relevant. Sie können sich bei der Haftung dem Grunde und beim Anspruch der Höhe auswirken. Der Schadenhergang ist nicht plausibel, wenn nicht alle geltend gemachten Schäden zum Schadenhergang kompatibel sind. Eine vorherige Schädigung kann auch zu einer erhöhten Schadenanfälligkeit führen. Vorschäden können auf die Reparaturkosten, den Wiederbeschaffungswert sowie den schadenbedingten Minderwert der Sache Einfluß haben. Daher hat der Versicherer ein berechtigtes Interesse daran, über Vorschäden aufgeklärt zu werden. Er kann vom Geschädigten Aufklärung über Vorschäden verlangen, da es sich um Tatsachen handelt, welche für die Regulierung des Schadens relevant sind, jedoch im Wissen des Geschädigten stehen. Rechtstechnisch handelt es sich hierbei nicht um eine Aufklärungspflicht des Geschädigten sondern ein Obligat. Der Schädiger hat keinen klagbaren Anspruch auf Erteilung einer Auskunft, jedoch entstehen dem Geschädigten Nachteile, wenn er die

---

<sup>1</sup> vgl. OLG Frankfurt, Urt. v. 10.06.2015 – 22 U 150/14 = NZV 16, 436; OLG Düsseldorf, Urt. v. 06.02.2006 – I-1 U 148/05

Auskunft nicht erteilt. Dies ist insofern relevant, als der Schädiger kein Zurückbehaltungsrecht hat, wenn ihm die Auskunft nicht erteilt wurde.

Die Folgen mangelnder Aufklärbarkeit, ob sich ein Vorschaden auf den jetzt geltend gemachten Schaden auswirkt, bzw. des Verschweigens eines Vorschadens sind gravierend.

### **Behauptung eines Vorschadens durch den Schädiger**

Wenn der Geschädigte keine Vorschäden vorträgt, bedeutet dies, daß nach seiner Behauptung eine unbeschädigte Sache beschädigt wurde und alle Schäden auf das Schadenereignis zurückzuführen sein sollen.

Der Geschädigte muss nicht stets darlegen und beweisen, daß Vorschäden nicht vorhanden waren. Bestehen jedoch ernsthafte Anhaltspunkte für einen Vorschaden, muß er diese im Sinne einer Negativtatsache ausräumen. Er muß die vorherige Beschädigung konkret bestreiten und gegebenenfalls den Beweis des Gegenteils führen.<sup>2</sup> Ausreichend ist es, wenn sich aus Zeugenaussagen glaubhaft ergibt, daß die Sache keinen Vorschaden hatte.<sup>3</sup>

Nicht erheblich ist, daß der Vorschaden vor der Besitzzeit des Geschädigten entstand.<sup>4</sup>

### **Haftung dem Grunde nach**

Befindet sich der neue Schaden an anderer Stelle als der Vorschaden, so ergeben sich bei der Haftung dem Grunde nach keine Probleme.

Ist die neue Schadenstelle jedoch an der gleichen Stelle wie der Vorschaden, so ist bereits die haftungsbegründende Kausalität problematisch. Der Geschädigte, dessen vorgeschädigte Sache einen weiteren Schadenfall hat, muß die Ursächlichkeit des erneuten Schadenfalles für den behaupteten Schaden zu beweisen.<sup>5</sup> Die geltend gemachten Schäden müssen zu dem behaupteten Schadenshergang kompatibel sein. Kann das an der Sache des Geschädigten gegebene Schadensbild nicht durch das behauptete Schadenereignis verursacht worden sein, da es an diesem keine Bauteile gibt, die geeignet wären, das Schadensbild zu erzeugen, ist bereits der äußere Schadenshergang nicht bewiesen.<sup>6</sup>

Der Geschädigte muß bei einem Vorschaden an gleicher Stelle ausschließen, daß Schäden gleicher Art und gleichen Umfangs schon früher entstanden waren.<sup>7</sup> Dieser Nachweis läßt sich nur führen, wenn der alte Schaden im Zeitpunkt des neuen Schadenereignisses entweder bereits repariert war oder der vorherige Schaden vom jetzigen Schaden abgrenzbar ist.<sup>8</sup> Der Geschädigte muß darlegen und beweisen, welcher eingrenzbarer Vorschaden durch welche

---

<sup>2</sup> vgl. BGH, Urt. v. 13.12.1977 – VI ZR 206/75 = BGHZ 71, 339; OLG Köln, Beschl. v. 08.04.2013 – 11 U 214/12 = NZV 13, 445; KG SP 11, 255

<sup>3</sup> AG Aalen, Urt. v. 14.01.2014 – 8 C 461/12

<sup>4</sup> LG Flensburg Urt. v. 26.7.2008 – 1 S 59/07 = BeckRs 08, 13264; Burmann/Heß/Jahnke/Janker, StVR, 22. Aufl., § 249 BGB Rdn. 83; allgemein für den Fall der Rechtsnachfolge: Zöller/Vollkommer, ZPO, 31. Aufl. § 138 Rdn. 16

<sup>5</sup> KG, Beschl. v. 30.06.2010 – 12 U 151/09

<sup>6</sup> OLG Hamm, Urt. v. 30.09.2015 – I-9 U 164/15

<sup>7</sup> KG, Beschl. v. 30.06.2010 – 12 U 151/09; KG, Urt. v. 24.04.2007 – 12 U 76/07 = NZV 07, 521

<sup>8</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 10.09.2015 – 22 U 150/14 = NZV 16, 436

konkrete Reparaturmaßnahme fachgerecht beseitigt worden ist oder welcher Schaden nicht zu dem streitgegenständlichen Schadenereignis gehört.<sup>9</sup> Hiervon muß das Gericht i. S. § 286 überzeugt sein.<sup>10</sup>

An der Glaubwürdigkeit des Vortrages des Geschädigten kann insgesamt gezweifelt werden, wenn sich ergibt, daß entgegen der Behauptung des Geschädigten nur ein Teil der geltend gemachten Schäden nachweislich aus dem zu Grunde liegenden Schadenereignis stammt, während ein anderer Teil aus einem Vorschaden rührt.<sup>11</sup>

Der Geschädigte muß bereits im Verfahren erster Instanz zu der fachgerechten Reparatur bzw. der Abgrenzbarkeit vortragen. Entsprechender Vortrag in der Berufungsinstanz ist verspätet.<sup>12</sup>

### **Anspruch der Höhe nach**

Durch den Schadenersatz ist der Geschädigte so zu stellen, als wäre das schädigende Ereignis nicht eingetreten.

Ist streitig, ob der geltend gemachte Schaden durch einen Schadenfall entstanden ist und wie hoch der Sachschaden zu beziffern ist, so hat das Gericht nach § 287 ZPO unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung eine Überzeugung zu bilden.<sup>13</sup> Im Rahmen der haftungsausfüllenden Kausalität muß mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit i.S. § 287 ZPO festgestellt werden, daß die vom Geschädigten behaupteten Schäden in ihrer Gesamtheit oder zumindest ein abgrenzbarer Teil hiervon bei diesem Schadenfall entstanden sind.<sup>14</sup>

Der Geschädigte muß, die tatsächlichen Grundlagen und geeignete Schätzungsgrundlagen beibringen und ggf. beweisen, die Anhaltspunkte für eine Einschätzung des Schadens und seiner Höhe sind. Dies gilt insbesondere für die Darlegung und den Nachweis, daß der Schaden nach Art und Umfang insgesamt auf das behauptete Schadenereignis zurückzuführen ist.

Fehlt es an einer ausreichenden Schätzungsgrundlage und lässt sich aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme im Rahmen der haftungsausfüllenden Kausalität nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit i.S.d. § 287 ZPO feststellen, daß die von dem Kläger behaupteten Schäden in ihrer Gesamtheit oder zumindest ein abgrenzbarer Teil hiervon durch den neuen Schadenfall entstanden sind, ist die Klage vollständig abzuweisen.<sup>15</sup>

Der Geschädigte muß substantiiert vortragen, welche Schäden durch das Schadenereignis entstanden sind und in welchem Zustand die Sache vor dem Schadenereignis war. Der

---

<sup>9</sup> AG Moers, Urt. v. 14.04.2015 – 563 C 397/14

<sup>10</sup> OLG Hamm, Beschl. v. 23.10.2015 – I-9 U 78/15; OLG Hamm, Urt. v. 24.02.2015 – I-9 U 139/14; OLG Hamm, Urt. v. 15.10.2013 – I-9 U 53/13 = NZV 14, 225 m.w.N.

<sup>11</sup> LG Osnabrück, Urt v. 30.10.2013 – 10 O 1419/12

<sup>12</sup> KG Berlin, Beschl. v. 29.05.2012 – 22 U 191/11

<sup>13</sup> OLG Düsseldorf, Beschl. v. 10.07.2012 – 1 W 19/12 = SP 13, 113; AG Moers, Urt. v. 14.04.2015 – 563 C 397/14

<sup>14</sup> OLG Hamm, Beschl. v- 23.10.2015 – I-9 U 78/15; OLG Hamm, Urt. v. 24.02.2015 – I-9 U 139/14

<sup>15</sup> OLG Hamm, Urt. v. 24.02.2015 – I-9 U 139/14; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 10.07.2012 – 1 W 19/12 = SP 13, 113; LG Dortmund, Urt. v. 09.12.2015 – 21 O 352/14; AG Moers, Urt. v. 14.04.2015 – 563 C 397/14

Anspruch auf Schadenersatz bestehen schon dann nicht, wenn nicht substantiiert vorgetragen ist, welcher wirtschaftliche Schaden durch das Schadenereignis konkret entstanden ist.<sup>16</sup>

Gleiches gilt für den merkantilen Minderwert. Der Geschädigte ist dafür beweisbelastet, daß dieser tatsächlich durch den Schadenfall verursacht wurden.<sup>17</sup>

Reparaturkosten sind nur zu ersetzen bzw. im Rahmen der Berechnung des Ersatzes des Wiederbeschaffungsaufwandes anzusetzen, soweit sie wegen des kausalen Schadens erforderlich sind.<sup>18</sup> Die Darlegung des Vorschadens und dessen Reparatur ist daher auch insoweit erforderlich, da der Anspruch des Geschädigten auf den erforderlichen Betrag beschränkt ist.<sup>19</sup> Der Geschädigte hat nämlich nur einen Anspruch auf Wiederherstellung des Zustandes vor dem jetzigen Schadenereignis beschränkt durch den damaligen Wiederbeschaffungswert.

Der Vergleich des status quo mit den status quo ante der beschädigten Sache kann trotz eines schädigenden Ereignisses sogar dazu führen, daß kein Anspruch besteht, wenn z.B. an der Schadensstelle Vorschäden vorhanden waren, deren fachgerechte Beseitigung bereits den von dem Geschädigten geltend gemachten Reparaturumfang ergeben hätte.<sup>20</sup>

### Vorschaden an gleicher Stelle

Der Geschädigte muss bei Vorschäden an der gleichen Stelle und bestrittener Kausalität des geltend gemachten Schadens entweder

- im Einzelnen ausschließen, daß Schäden gleicher Art und gleichen Umfangs noch vorhanden waren, wofür er im Einzelnen zu der Art der Vorschäden und deren behaupteter Reparatur vortragen muss

oder

- beweisen, daß der nunmehr geltend gemachte Schaden vom Vorschaden technisch und rechnerisch abgrenzbar ist.

Wenn die Kosten der Reparatur beider Schäden abgrenzbar insofern sind kann der Geschädigte die fiktiven Kosten der Reparatur seines Pkw abrechnen.<sup>21</sup>

Möglich ist es daher, daß der Geschädigte den genauen Umfang des unreparierten Vorschadens darlegt und sich der Anspruch als Differenz zwischen den Reparaturkosten vor und nach dem erneuten Schadenereignis errechnet.<sup>22</sup>

### Reparierter Vorschaden

---

<sup>16</sup> OLG Hamm, Beschl. v. 23.10.2015 – I-9 U 78/15

<sup>17</sup> AG Aalen, Urt. v. 14.01.2014 – 8 C 461/12

<sup>18</sup> OLG Hamburg, Urt. v. 29.08.2013 – 14 U 57/13

<sup>19</sup> OLG Hamburg, Urt. v. 28.03.2001 – 14 U 87/00 = MDR **01**, 1111

<sup>20</sup> AG Herne, Urt. v. 20.01.2015 – 34 C 199/13

<sup>21</sup> BGH, Urt. v. 12.03.2009 – VII ZR 88/08 = NZV **09**, 336; OLG Köln, Beschl. v. 18.10.2010 – 4 U 11/10; LG Frankfurt am Main, Urt. v. 17.07.2015 – 2-7 C 324/12

<sup>22</sup> OLG Hamburg, Urt. v. 28.03.2001 – 14 U 87/00 = MDR **01**, 1111

Bei unstreitigen Vorschäden und bestrittener schadenbedingter Kausalität des geltend gemachten Schadens muß der Geschädigte im Einzelnen ausschließen, daß, Schäden gleicher Art und gleichen Umfang bereits zuvor vorhanden waren.<sup>23</sup>

Kann selbst ein schadenbedingter Teilschadens aufgrund der Wahrscheinlichkeit von erheblichen Vorschäden nicht zuverlässig ermittelt werden, so hat diese Unsicherheit die vollständige Klageabweisung zur Folge.<sup>24</sup> Auch kompatible Schäden können nicht ersetzt werden, solange nicht ausgeschlossen werden kann, daß sie bereits durch einen Vorschaden verursacht worden sind.<sup>25</sup>

Der Geschädigte muß dem Gericht eine i.S. § 287 ZPO genügende Schätzgrundlage schaffen.<sup>26</sup> Für die ordnungsgemäße Behebung des Vorschadens ist der Geschädigte darlegungs- und beweisbelastet.<sup>27</sup> Er muß darlegen und beweisen, welcher eingrenzbarer Vorschaden durch welche konkreten Reparaturmaßnahmen fachgerecht beseitigt worden ist. Kann er dies nicht oder unterlässt er die Darlegung, so geht dies im Streitfall zu seinen Lasten.<sup>28</sup> Auch wenn er nicht substantiiert zu den Vorschäden und den Reparaturmaßnahmen vorträgt, bleibt er beweisfällig.<sup>29</sup>

Der Geschädigte muß hinreichend konkret und im Einzelnen zu Art und Umfang von unstreitig vorhandenen Vorschäden sowie deren Reparatur vortragen.<sup>30</sup> Hierzu gehört auch der Vortrag, welche Reparaturmaßnahmen in der Vergangenheit zur vollständigen und ordnungsgemäßen Beseitigung der Vorbeeinträchtigungen durchgeführt worden sind und ob eventuelle Reparaturmaßnahmen jeweils in Übereinstimmung mit den gutachterlichen

---

<sup>23</sup> OLG Köln, Beschl. v. 08.04.2013 – 11 U 214/12 = NZV **13**, 445; KG, Urte. v. 15.05.2000 – 12 U 9704/98; KG, Urte. v. 02.08.1999 – 12 U 4408/98; KG, Urte. v. 12.10.1992 – 12 U 7435/91

<sup>24</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 07.03.2017 – I-1 U 31/16 = VersR **17**, 1032; OLG Düsseldorf, Urte. v. 02.03.2010 – I-1 U 111/09

<sup>25</sup> Vgl. OLG Frankfurt, Urte. v. 07.07.2004 – 16 U 195/03 = ZfS **05**, 69; OLG Nürnberg, Urte. v. 18.07.2003 – 6 U 362/03 = DAR **03**, 559

<sup>26</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 10.02.2015 – I-1 U 32/14; OLG Düsseldorf Urte. v. 06.05.2014 – I-1 U 160/13; LG Saarbrücken, Urte. v. 06.09.2011 – 14 S 2/11 zu einem Kaskoschaden; LG Hagen, Urte. v. 03.08.2010 – 6 O 438/09

<sup>27</sup> OLG Hamburg, Urte. v. 29.08.2013 – 14 U 57/13; OLG Düsseldorf, Urte. v. 06.02.2006 – I-1 U 148/05

<sup>28</sup> vgl. BGH, Urte. v. 13. 12.1977 – VI ZR 206/75 = BGHZ **71**, 339; OLG Düsseldorf, Urte. v. 10.02.2015 – 1 U 32/14 w.Nw.; KG, Beschl. v. 12. 12.2011 – 22 U 151/11; OLG Köln, Beschl. v. 18. 10.2010 – 4 U 11/10 = SP **11**, 187; KG, Urte. v. 29. 06.2009 – 12 U 146/08 = NZV **10**, 350.; OLG Koblenz, Beschl. v. 26. 03.2009 – 10 U 1163/08 = VersR **10**, 246; KG, Beschl. v. 31. 07.2008 – 12 U 137/08 = NZV **09**, 345.; KG, Beschl. v. 6. 06.2007 – 12 U 57/06 = NJOZ **08**, 765; OLG München, Urte. v. 27. 01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261; OLG Brandenburg, Urte. v. 17. 03.2005 – 12 U 163/04 = SP **05**, 413; OLG Hamburg, Urte. v. 28. 03.2001 – 14 U 87/00 = MDR **01**, 1111; vgl. ferner König in: Hentschel/König/Dauer, Straßenverkehrsrecht, 43. Aufl., § 12 StVG Rn. 6, S. 224; Jahnke in: Burmann/Heß/Jahnke/Janker, StVR, 23. Aufl., § 249 BGB Rn. 86-88; Kaufmann in: Geigel, Der Haftpflichtprozess, 26. Aufl., Kap. 25 Rn. 250; Foerste in: Musielak/Voit, ZPO, 12. Aufl., § 287 Rn. 7

<sup>29</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 07.03.2017 – I-1 U 31/16 = VersR **17**, 1032; LG Essen, Urte. v. 04.03.2015 – 5 O 107/14 = MDR **14**, 678

<sup>30</sup> OLG Hamm, Beschl. v. 08.04.2016 – I-9 79/15; KG, Urte. v. 27.08.2015 – 22 U 152/14 = MDR **15**, 1128; KG, Urte. v. 30.06.2010 – 12 U 151/09; LG Hagen, Urte. v. 03.08.2010 – 6 O 438/09; KG, Beschl. v. 06.06.2007 – 12 U 57/06

Instandsetzungsvorgaben standen.<sup>31</sup> Zu seinem Vortrag gehört auch eine konkrete Benennung der verwendeten Ersatzteile und die Darlegung von Umständen voraus, aus denen sich ergibt, daß eine fachgerechte Reparatur erfolgte.

Allein die pauschale Behauptung einer sachgerechten Reparatur ohne Darlegung der einzelnen Reparaturschritte genügt nicht. Die Klage ist dann vollständig abzuweisen.<sup>32</sup> Eine etwaige Beweisaufnahme würde in diesem Fall auf einen unzulässigen Ausforschungsbeweis hinauslaufen.<sup>33</sup>

Ist ein früherer Schaden nicht fachgerecht behoben worden und kann der Geschädigte keine konkreten Angaben etwa durch Vorlage einer Rechnung zu dem Versuch der Beseitigung des Vorschadens machen, hat das Gericht keine genügende Schätzgrundlage zur Verfügung. Es kann daher auch nicht ein teilweiser Anspruch zuerkannt werden.<sup>34</sup>

Ebenfalls muß er zum konkreten Zustand der Sache beim Erwerb der Sache durch den Geschädigten näher unter Beweisantritt vortragen, falls der Vorschaden nicht in seiner Besitzzeit entstand.<sup>35</sup> Kann der Geschädigte dies nicht, weil er die Sache mit - behobenem - Vorschaden erworben hat, hierüber aber weder eine Reparaturrechnung noch sonstige Nachweise mit der Sache übergeben wurden, geht dies zu seinen Lasten.<sup>36</sup>

### Abgrenzbarer Schaden

In Fällen eines mit dem geltend gemachten Schaden ganz oder teilweise deckungsgleichen unreparierten Vorschadens besteht ein Ersatzanspruch nur insoweit, als der Zweitschaden technisch und rechnerisch eindeutig von dem Vorschaden abgrenzbar ist.<sup>37</sup> Dies gilt bei einem verschwiegenen Vorschaden zumindest solange, als der Vorschaden nur fahrlässig nicht angegeben wurde.<sup>38</sup>

Der Geschädigte trägt das Risiko der Nichterweislichkeit einer zur Regulierung tauglichen Schadensabgrenzung. Dies gilt auch bei einer Teilüberlagerung von Vorschäden mit geltend gemachten Schäden.<sup>39</sup> Lässt sich nicht feststellen, welche der geltend gemachten Schäden bei dem behaupteten Schadenfall entstanden sind und ob diese nicht Teile der Sache betrafen, die aufgrund eines früheren Schadenereignisses geschädigt waren und ohnehin hätten ausgetauscht oder fachgerecht instandgesetzt werden müssen, ist kein Raum für eine

---

<sup>31</sup> OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.02.2015 – I-1 U 32/14; OLG Düsseldorf, Urt. v. 06.05.2014 – I-1 U 160/13; OLG Düsseldorf, Urt. v. 02.03.2011 – I-1 U 111/09; LG Kleve, Urt. v. 04.12.2015 – 5 S 47/15

<sup>32</sup> OLG Düsseldorf, Beschl. v. 13.07.2015 I-1 U 164/14 = NZV 16, 381

<sup>33</sup> LG Düsseldorf, Urt. v. 01.10.2013 - 2b O 183/12; LG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2015 – 5 S 47/15

<sup>34</sup> LG Bremen, Urt. v. 11.11.2004 – 7 O 564/02 = NZV 05, 529

<sup>35</sup> OLG Hamm, Beschl. v. 01.02.2013 – 9 U 238/12

<sup>36</sup> KG, Urt. v. 30.06.2008 – 22 U 36/08

<sup>37</sup> OLG Düsseldorf, Urt. v. 11.02.2008 – I-1 U 181/07 = NZV 08, 295; OLG Düsseldorf, Urt. v. 06.02.2006 – I-1 U 148/05; OLG München, Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV 06, 261 gegen OLG Köln, Urt. v. 22.02.1999 – 16 U 33/98 = NZV 99, 378

<sup>38</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 10.09.2015 – 22 U 150/14 = NZV 16, 436; OLG Düsseldorf, Urt. v. 15.01.2013 – I-1 U 153/11; OLG Brandenburg, Urt. v. 19.11.2009 – 12 U 110/09

<sup>39</sup> OLG Koblenz, Beschl. v. 26.03.2009 – 10 U 63/08 = r+s 10, 234



Schadensschätzung gem. § 287 ZPO. Eine Ermittlung auch nur eines schadenbedingten Teilschadens ist auch in diesem Fall nicht möglich.<sup>40</sup>

Eine Ausnahme wird zugelassen, wenn es sich um einen kleineren Schaden handelt, der durch Gebrauch entstehen kann und deshalb nicht zwingend dem Geschädigten aufgefallen sein muss.<sup>41</sup>

### Vorschaden an andere Stelle

Entstand der neue Schaden an anderer Stelle als der Vorschaden, so ist der alte Schaden beim Anspruch der Höhe nach dann relevant, wenn ein wirtschaftlicher Totalschaden vorliegt, da beim Wiederbeschaffungswert der Wert der Sache unter Berücksichtigung des Vorschadens anzusetzen ist.

Bei einem vom Vorschaden räumlich abgrenzbaren Neuschaden ist ein Vortrag des Geschädigten notwendig, der dem Gericht eine den Maßstäben des § 286 ZPO genügende Feststellung darüber erlaubt, welche streitgegenständlichen Schadenspositionen nicht von dem Vorschadensereignis berührt gewesen sein können.<sup>42</sup> Deshalb hat auch hier der Geschädigte besondere Darlegungs- und Beweispflichten nach dem Maßstab des § 286 ZPO. Ohne detaillierte Kenntnis über den Umfang des Vorschadens und seiner gegebenenfalls erfolgten Reparatur hat das Gericht keine Schätzgrundlage, so daß der aktuelle Wiederbeschaffungswert nicht bestimmt werden kann.<sup>43</sup>

Der Geschädigte hat ebenso wie bei einem überlagerten Schadensbereich den Umfang des wertbestimmenden Vorschadens wie auch seine Natur genau darzulegen. Auch hier gehen verbleibende Zweifel zu Lasten des Geschädigten. Unsubstantiiertes Vortrag, der durch Zeugenbeweis untermauert werden sollen, läuft auf einen unzulässigen Ausforschungsbeweis hinaus.<sup>44</sup>

Nach teilweise vertretener Ansicht muß der Geschädigte nicht nur den Umfang der Vorschäden, sondern auch deren Beseitigung substantiiert durch Vortrag der konkreten Reparaturmaßnahmen darlegen.<sup>45</sup> Diese Ansicht überspannt die Darlegungslast des Geschädigten bei Vorschäden, die räumlich deutlich abgrenzbar sind. Eine Partei genügt ihrer Darlegungslast, wenn sie Tatsachen vorträgt, die in Verbindung mit einem Rechtssatz geeignet sind, das geltend gemachte Recht als in ihrer Person entstanden erscheinen zu lassen.<sup>46</sup> Genügt das Parteivorbringen diesen Anforderungen, kann der Vortrag weiterer Einzelheiten nicht verlangt werden.<sup>47</sup> Die Meinung, welche auch bei einem Schaden an deutlich abgrenzbarer Stelle einen Vortrag des Geschädigten zu einer Reparatur voraussetzt, schließt Ansprüche bei unreparierten Vorschäden auch an anderer Stelle Ansprüche aus, obwohl eine

---

<sup>40</sup> OLG Düsseldorf SP 10, 259; LG Köln, Urt. v. 08.01.2016 – 16 O 452/14

<sup>41</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 10.09.2015 – 22 U 150/14 = NZV 16, 436

<sup>42</sup> LG Kaiserslautern, Urt. v. 30.10.2015 – 4 O 868/12

<sup>43</sup> OLG Düsseldorf, Urt. v. 19.05.2015 -1U 116/14; OLG Hamburg, Beschl. v. 6.05.2003 – 14 U 12/03; ; LG Bremen, Urt. v. 11.11.2004 – 7 O 564/02 = NZV 05, 529; Böhm/Nugel DAR 11, 666

<sup>44</sup> OLG Celle Urt. v. 08.02.2017 – 14 U 119/16

<sup>45</sup> vgl. z. B. KG, Beschl. v. 29.5.2012 – 22 U 191/11 = DAR 13, KG, Beschl. v. 12.11.2009 – 12 U 9/09 = NZV 10, 348; 464; OLG Karlsruhe, Urt. v. 21.8.2001 – 10 U 242/00; Böhm/Nugel, DAR 11, 666, 668

<sup>46</sup> BGH, Beschl. v. 13.11.2013 – IV ZR 224/13 = VersR 14, 104

<sup>47</sup> OLG Hamm, Urt. v. 27.02.2014 – I-6 147/13 = NZV 15, 37

genügende Schätzgrundlage des Gerichts vorliegt, sofern der Vorschaden bemessen werden kann. Ein unreparierter Vorschaden an anderer Stelle ist technisch vom weiteren Schaden abgrenzbar. Dadurch, daß der Geschädigte den Umfang des Vorschadens vorträgt wird er auch rechnerisch abgrenzbar.

## Beweismaßstab

Nach § 286 I S. 1 ZPO hat das Gericht unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts der Verhandlungen und des Ergebnisses einer etwaigen Beweisaufnahme nach freier Überzeugung zu entscheiden, ob es eine Behauptung für wahr erachtet. Eine unumstößliche Gewissheit, ob eine Behauptung wahr und erwiesen ist, ist hierbei nicht erforderlich. Vielmehr genügt ein für das praktische Leben brauchbarer Grad an Gewissheit, der Zweifeln Schweigen gebietet. Entscheidend ist, ob das Gericht die an sich möglichen Zweifel überwindet und sich von einem bestimmten Sachverhalt als wahr überzeugen kann.<sup>48</sup>

§ 287 ZPO ist eine Ausnahme zu § 286 ZPO. Dabei wird dem Geschädigten sowohl die Darlegungs- als auch die Beweislast erleichtert, gerade wenn sich ein strenger Beweis nicht oder nur sehr schwer führen läßt. Eine Erleichterung bringt die Vorschrift im Grundsatz der Notwendigkeit der Erschöpfung der Beweismittel.<sup>49</sup> Erforderlich und genügend sind greifbare Anhaltspunkte.<sup>50</sup> Die Darlegungs- und Beweislast entfällt aber nicht vollständig. § 287 I ZPO erleichtert die Darlegungs- und Beweislast hinsichtlich des Umfangs und der Höhe des Schadens. Dies führt aber keineswegs zu einem Verzicht auf die Darlegung der für die Ausübung des Ermessens bzw. die Schätzung erforderlichen Anknüpfungstatsachen. Diese sind vielmehr vom Anspruchsteller darzulegen und zu beweisen.<sup>51</sup> Bei Vorschäden an der geschädigten Sache muß der Geschädigte ausreichende Anhaltspunkte für eine Schadensschätzung nach § 287 ZPO vortragen und im Falle des Bestreitens gem. § 286 ZPO unter Beweis stellen.<sup>52</sup>

Mindestens muß der Vortrag Ausführungen zu Art und Umfang des oder der Vorschäden im erneut beschädigten Bereich enthalten, die ausreichend greifbare Anhaltspunkte für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit des Schadensumfangs bieten.<sup>53</sup>

Zur Substantiierung der klagebegründenden Tatsachen reicht es aus, daß nach seinem Sachvortrag eine höhere Wahrscheinlichkeit für die Kausalität zwischen dem Schadensereignis und dem eingetretenen Schaden spricht, sofern der durch den Schadenfall verursachte "Zweitschaden" eindeutig von dem Vorschaden abgrenzbar ist.<sup>54</sup> Es genügt nicht

---

<sup>48</sup> BGH, Urt. v. 17.02.1970 – III ZR 139/67 = NJW **70**, 946

<sup>49</sup> BGH, Urt. v. 22.10.1987 – III ZR 197/86 = NJW-RR **88**, 410; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, 75. Aufl. § 87 ZPO Rz. 2

<sup>50</sup> BGH, VersR **16**, 415; OLG Hamm NJW-RR **04**, 214

<sup>51</sup> vgl. BGH, Urt. v. 23. 11.2006 – IX ZR 21/03 = NJW **07**, 569; BGH, Urt. v. 15. März 1988 – VI ZR 81/87 = NJW **88**, 3016; Bacher in: Vorwerk/Wolf, ZPO [Beck'scher Online-Kommentar; Stand: 1.3.2015], § 287 Rn. 16

<sup>52</sup> vgl. OLG Hamm, Urt. v. 27.02.2014- I-6 U 147/13 )= NZV **15**, 37; OLG Köln, Beschl. v. 8.4.2013 – 11 U 214/12 m. w. N. = NZV **13**, 445; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 10.7.2012 – 1 W 19/12

<sup>53</sup> vgl. BGH, Urt. v. 23. 11.2006 – IX ZR 21/03 = NJW-RR **07**, 569

<sup>54</sup> vgl. OLG München, Urt. v. 27.1.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261; Geigel-Knerr, Der Haftpflichtprozess, 26. Aufl., Kap. 37 Rn. 60 m. w. N.



die Gewissheit, daß irgendein allerdings nicht quantifizierbarer Schaden entstand, denn dies läßt die Bestimmung der Höhe eines - wie auch immer gearteten - Mindestschadens nicht zu.<sup>55</sup> Selbst wenn nur theoretisch nicht auszuschließen ist, daß auch die kompatiblen Schäden schon durch einen vorausgegangenen Schadenfall verursacht sein könnten, ist die gesamte Klage abzuweisen.<sup>56</sup> Der Geschädigte hat dann auch keinen Anspruch auf einen Minimalschaden.<sup>57</sup>

Ein Anspruch des Geschädigten ist nur dann zu bejahen, wenn im Rahmen der haftungsausfüllenden Kausalität mit überwiegender Wahrscheinlichkeit i.S.d. § 287 ZPO feststeht, daß die von Geschädigten behaupteten Schäden in ihrer Gesamtheit oder zumindest ein abgrenzbarer Teil hiervon bei dem Schadenfall entstanden sind.<sup>58</sup> Der Geschädigte muß mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit (§ 287 ZPO) ausschließen können, daß selbst kompatible Schäden nicht bereits im Rahmen eines Vorschadens entstanden sind.<sup>59</sup>

Wenn auszuschließen ist, daß die kompatiblen Schäden auf einem anderen Schadenereignis beruhen, sind diese trotz des Vorliegens auch inkompatibler Schäden zu ersetzen<sup>60</sup> In diesem Fall reicht im Rahmen des § 287 ZPO auch die überwiegende Wahrscheinlichkeit der Schadenbedingtheit aus.<sup>61</sup>

Der Geschädigte muß im Einzelnen ausschließen, daß Schäden gleicher Art und gleichen Umfangs bereits zuvor vorhanden waren, wofür er bei behaupteter Reparatur im Einzelnen zu der Art der Vorschäden und dieser Reparatur vortragen muss.<sup>62</sup>

Kommt der Geschädigte diesem Darlegungsumfang nicht nach, ist es nicht Aufgabe des Gerichts, den technisch und rechnerisch abgrenzbaren Schaden von Amts wegen zu ermitteln.<sup>63</sup>

## Gleiche Stelle

Bei unstreitigen Vorschäden und schadenbedingter Kausalität des geltend gemachten Schadens muss der Geschädigte im Einzelnen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (§ 287 ZPO) entweder ausschließen, daß Schäden gleicher Art und gleichen Umfangs bereits zuvor vorhanden waren, oder darlegen, daß beide Schäden technisch und rechnerisch abgrenzbar sind. Hierzu muß er im Einzelnen zu der Art der Vorschäden und deren ggf. behaupteter

---

<sup>55</sup> KG, Urt. v. 27.08.2015 – 22 U 152/14 = MDR **15**, 1128

<sup>56</sup> LG Karlsruhe, Urt. v. 30.11.2012 – 9 O 90/12; OLG Köln, Urt. v. 05.02.1996 – 16 U 54/95 = NZV **96**, 241

<sup>57</sup> OLG Brandenburg, Urt. v. 17.03.2005 – 12 U 163/04

<sup>58</sup> OLG Hamm, Urt. v. 24.02.2015 – I-9 U 139/14

<sup>59</sup> KG, Urt. v. 27.08.2015 – 22 U 152/14 = MDR **15**, 1128; KG, Beschl. v. 06.06.2007 – 12 U 57/06; OLG Hamburg v. 28.03.2001 – 14 U 87/00 = MDR **01**, 1111; AG Essen, Urt. v. 13.11.2013 – 29 C 137/13

<sup>60</sup> vgl. nur OLG Frankfurt, ZVS **08**, 90; KG, Urt. v. 11.10.2007 – 12 U 46/07 = MDR **08**, 142

<sup>61</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 10.09.2015 – 22 U 150/14 = NZV **16**, 436; OLG Düsseldorf, Urt. v. 11.02.2008 – I U 181/07 = NZV **08**, 295; LG Osnabrück, Urt. v. 30. 10.2013 – 10 O 1419/12

<sup>62</sup> KG, Urt. v. 27.08.2015 – 22 U 152/14 = MDR **15**, 1128; KG, Beschl. v. 06.06.2007 – 12 U 57/06 = BauR **07**, 1286; OLG Köln, Urt. v. 22.02.1999 – 16 U 33/98 = NZV **99**, 378; LG Saarbrücken, Urt. v. 06.09.2011 – 14 S 2/11

<sup>63</sup> vgl. auch OLG Saarbrücken, Urt. v. 8. 05.2014 – 4 U 393/11 = NZV **15**, 235

Reparatur vortragen.<sup>64</sup> Ein für eine Verursachung streitender Anscheinsbeweis greift dann nicht mehr, wenn vom Anspruchsgegner ernsthafte Anhaltspunkte für Vorschäden geltend gemacht werden. Es kommen dann die allgemeine Beweislastregel zum Zuge, daß der Anspruchsteller den Schaden als Anspruchsvoraussetzung zu beweisen hat.<sup>65</sup> Erst dann ist eine richterliche Schadensschätzung möglich.

Kommt der Geschädigte trotz Hinweisen des Gerichts hartnäckig einer ordentlichen Substantiierung nicht nach, so hat er keinen Anspruch darauf, durch eine richterliche Schätzung der Schadenshöhe über den dem Strengbeweis zugänglichen Rahmen hinaus begünstigt zu werden.<sup>66</sup>

Sind die Schäden ganz oder auch nur teilweise nicht kompatibel sind, besteht kein Ersatzanspruch hinsichtlich des geltend gemachten Schadens, wenn nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (§ 287 ZPO) auszuschließen ist, daß sie bereits im Rahmen eines Vorschadens entstanden sind.<sup>67</sup>

### Andere Stelle

Etwas anderes gilt jedoch für diejenigen Schäden an einer Sache, die von dem Vorschadensereignis überhaupt nicht betroffen waren. Für solche Schäden ist ein Vortrag des Geschädigten notwendig, der dem Gericht eine den Maßstäben des § 286 ZPO genügende Feststellung ermöglicht.<sup>68</sup>

Um den Wiederbeschaffungswert mit dem Vorschaden zu belegen, genügt der Geschädigte seiner Darlegungslast dadurch, daß er einen durch Privatgutachten unterlegten Wert behauptet, der Vorschaden durch ein Schadensgutachten aktenkundig ist und der Geschädigte zudem unter Beweisantritt behauptet, daß dem Privatsachverständigen der Vorschaden bekannt gewesen ist. Der Einholung eines gerichtlichen Sachverständigengutachtens zur Wertfeststellung steht nicht entgegen, daß der Kläger mangels eigener Kenntnisse nicht zu den konkreten den Vorschaden betreffenden Reparaturmaßnahmen vorträgt.<sup>69</sup> Wie weiter oben – „Vorschaden an anderer Stelle“ – bereits dargelegt, stellt es eine Überspannung der Darlegungslast des Geschädigten dar, die Schlüssigkeit seines Vortrages davon abhängig zu machen, daß er auch die Beseitigung des Vorschadens darlegen und beweisen muß, wenn die Kollisionsstelle von der neuen Schadenstelle deutlich abgrenzbar ist.

### Unredlichkeit – Verschweigen des Vorschadens

---

<sup>64</sup> OLG Köln, Beschl. v. 08.04.2013 – 11 U 214/12 = NZV 13, 445; KG SP 11, 255; KG, Urt. v. 29.06.2009 – 12 U 146/08 = NZV 10, 350; KG, Urt. v. 26.04.2007 – 12 U 76/07 = NZV 07, 521; KG, Beschl. v. 11.10.2007 – 12 U 46/07 = NJW 08, 1006; OLG Hamburg, Urt. v. 28.03.2001 – 14 U 87/00 = MDR 01, 1111; OLG Köln, Urt. v. 22.02.1999 – 16 U 3398 = NZV 99, 378; Burmann/Heß/Jahnke/Janker, Straßenverkehrsrecht, 22. Auflage, § 249 BGB Rdn. 82 ff m.w.N.

<sup>65</sup> vgl. KG SP 11, 255 unter Hinweis auf BGH, Urt. v. 13.12.1977 – VI ZR 206/75 = BGHZ 71, 339

<sup>66</sup> OLG Düsseldorf, Urt. v. 07.03.2017 – I-1 U 31/16 = VersR 17, 1032; OLG Düsseldorf, Urt. v. 19.04.2016 – I-1 U 96/15; OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.04.2013 – I-1 U 125/12

<sup>67</sup> AG Bonn, Urt. v. 18.09.2008 – 9 C 107/08

<sup>68</sup> LG Kaiserslautern, Urt. v. 30.10.2015 – 4 O 868/12

<sup>69</sup> OLG Hamm, Urt. v. 27.02.2014 – I-6 147/13 = NZV 15, 37

Meist bestreitet oder verschweigt der Geschädigte Vorschäden. Diese Unredlichkeit wird ihm angelastet.

Teilweise werden aufgrund des Verschweigens von Vorschäden Ansprüche generell ausgeschlossen.<sup>70</sup> Dies wird damit begründet, daß wegen des nicht kompatiblen Schadens nicht ausgeschlossen sei, daß auch die kompatiblen Schäden durch ein früheres Ereignis verursacht worden sein könnten.<sup>71</sup> Dem Geschädigten Ansprüche zuzuerkennen würde auch gegen Treu und Glauben verstoßen. Dies führt dazu, daß ein Geschädigter, der dem Gutachter, dem Anspruchsgegner und dem Gericht gegenüber Vorschäden in Abrede stellt, auch möglicherweise berechtigte Ansprüche nicht geltend machen kann.<sup>72</sup>

Teilweise wird ein Anspruch verneint, wenn die verschwiegenen Altschäden mehr als ein Viertel des geltend gemachten Reparaturumfangs ausmachen.<sup>73</sup>

Eine weitere Meinung sieht den Vortrag des Geschädigten als nicht substantiiert an, wenn dieser zu Vorschäden nicht vorträgt oder diese bestreitet, und weist den Anspruch ab, da die Möglichkeit einer Schadensschätzung nach § 287 ZPO mangels hinreichend substantiiertem Klagevortrag grundsätzlich zu verneinen sei<sup>74</sup>:

Nach einer weiteren Meinung besteht auch bei einem verschwiegenen Vorschaden ein Anspruch, wenn der geltend gemachte Zweitschaden technisch und rechnerisch eindeutig von dem Vorschaden abgrenzbar ist. Ein gänzlicher Haftungsausschluss sei nur dann zu bejahen, wenn das Vorhandensein von Altschäden aufgrund mangelnder Kompatibilität oder aus anderen Gründen feststünde und die geltend gemachten Schäden auch auf dem Ereignis beruhen könnten, durch das der nicht dem Schadenfall zuzuordnende Vorschaden verursacht wurde.<sup>75</sup>

---

<sup>70</sup> OLG Köln, Beschl. v. 29.01.2015 – 12 U 63/14 = VersR **15**, 488; OLG Hamm, Urt. v. 12.08.2013 – 6 U 154/12; KG, Urt. v. 17.10.2005 – 12 U 55/05 = VersR **06**, 1559; OLG Frankfurt, Urt. v. 07.06.2004, 16 U 195/03; OLG Celle, Urt. v. 15.01.2004, 14 U 144/03; OLG Hamburg, Urt. v. 28.03.2001, 14 U 87/00 = MDR **01**, 1111; OLG Köln, Urt. v. 22.02.1999 – 16 U 33/98 = NZV **99**, 378 LG Köln, Urt. v. 23.10.2015 – 7 O 53/13; LG Osnabrück, Urt. v. 30.10.2013 – 10 O 1419/12; LG Mainz, Urt. v. 26.11.2004 - 4 O 620/02; LG Hanau, Urt. v. 22.07.2004, 7 O 808/03; AG Berlin-Mitte, Urt. v. 13.10.2000 – 101 C 3085/00; LG Dresden, Urt. v. 09.05.2001, 13 O 2941/99; AG Hamburg-Altona, Urt. v. 26.01.2012, 318 C 288/10

<sup>71</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 07.06.2004 – 16 U 195/03 = ZfS **05**, 69; OLG Celle OLGR **04**, 175; OLG Köln, Urt. v. 22.02.1999 – 16 U 33/98 = NZV **99**, 378; KG SP **08**, 21; dagegen: OLG München, Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/04 = NZV **06**, 261; LG Köln, Urt. v. 23.10.2015 – 7 O 53/13; OLG Hamm, Urt. v. 14.09.1999 – 34 U 26/99; LG Dresden, Urt. v. 09.05.2001 – 13 O 2941/99 = SP **01**, 335; LG Hanau SP **04**, 368; AG Mühlheim SVR **04**, 466; AG Neuss SP **05**, 197

<sup>72</sup> vgl. KG, Beschl. v. 06.06.2007 – 12 U 57/06; OLG Düsseldorf, Urt. v. 6.02.2006 – 1 U 148/05 = DAR **06**, 324; KG, Urt. v. 17.10.2005 – 12 U 55/05 = DAR **06**, 527; OLG Frankfurt, Urt. v. 7.07.2004 – 16 U 195/03 = ZfS **05**, 69; KG, Urt. v. 15.05.2000 - 12 U 9704/98; KG Urt. v. 22.09.1997- 12 U 1683/96; OLG Köln, Urt. v. 5.02.1996 – 16 U 54/95 = NZV **96**, 241

<sup>73</sup> So LG München I, Urt. v. 11.04.2005 – 17 S 21294/04

<sup>74</sup> vgl. etwa OLG Hamburg, Urt. v. 28.03.2001 – 14 U 87/00 = MDR **01**, 1111; KG, Urt. v. 06.04.2000 – 22 U 1222/99 = SP **00**, 311; OLG Hamburg SP **92**, 232; LG Bremen, Urt. v. 11.11.2004 – 7 O 564/02 = NZV **05**, 529; LG Berlin NJOZ **04**, **01**; LG Wiesbaden, Urt. v. 04.09.2002 – 6 O 187/01 = VersR **03**, 1297; LG Saarbrücken, Urt. v. 22.05.2003 – 2 S 136/02 = SP **03**, 423; LG Braunschweig, Urt. v. 03.06.1999 – 10 S 121/99 = SP **99**, 272; LG Frankfurt SP **92**, 232

<sup>75</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 10.09.2015 – 22 U 150/14; OLG München Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261

Für die letzte Meinung sprechen die besseren Gründe.

Gegen die Meinung, dem Geschädigten dann keine Ansprüche zuzuerkennen, wenn die verschwiegenen Aktschäden ein Viertel des Schadens ausmachen, spricht schon, daß diese Grenze im Gesetz keine Stütze findet.

Die erste Meinung spricht einem Geschädigten auch für solche Schäden ab, die nachweislich auf dem Schadenereignis beruhen, obwohl ausgeschlossen ist, daß die Schäden durch ein anderes Schadenereignis hervorgerufen wurden. Dem Geschädigten werden Ansprüche allein wegen des Verschweigens nicht zuerkannt. Auch dies widerspricht dem Schadenrecht. Das Argument des Verstoßes gegen Treu und Glauben ist ein schwacher Notanker.

Das OLG München<sup>76</sup> bringt noch weitere Argumente vor, die gegen die anderen Auffassungen sprechen.

Es führt an, daß die Beweiserleichterung des § 287 ZPO und das Dogma des „Ausschließenmüssens“ gegensätzlich sind. Selbst im Rahmen des § 286 ZPO komme es auf ein Ausschließenmüssen nicht an. Die Beweismaßerleichterung des § 287 ZPO verlange bei der Überzeugungsbildung nur eine überwiegende Wahrscheinlichkeit.<sup>77</sup>

Im Rahmen der Beweiswürdigung gem. § 287 ZPO genügt, je nach Lage des Einzelfalls, eine höhere oder deutlich höhere oder überwiegende Wahrscheinlichkeit für die Überzeugungsbildung.<sup>78</sup>

§ 287 ZPO erleichtert dem Geschädigten nicht nur die Beweisführung, sondern reduziert auch seine Darlegungslast.<sup>79</sup> Eine Konkretisierung und Spezifizierung der anspruchsbegründenden Tatsachen kann deshalb von ihm nicht in gleicher Weise erwartet werden wie für andere klagebegründende Umstände, für welche die Darlegungserleichterung des § 287 ZPO gerade nicht eingreift. Solange greifbare Anhaltspunkte für eine Schadensschätzung vorhanden sind, darf eine Klage daher nicht wegen lückenhaften Vortrags zur Schadensentstehung und Schadenshöhe abgewiesen werden.

Selbst eine nach dem schriftsätzlichen Vorbringen unsubstantiierte Klage darf nicht abgewiesen werden, wenn sie aufgrund von Zeugenaussagen oder eines Gutachtens substantiiert wird.<sup>80</sup>

Einen Anspruch aus dem Gesichtspunkt des Verstoßes gegen Treu und Glauben heraus zu verneinen, ist juristisch nicht begründbar.<sup>81</sup> Gesetzeskonform ist es nur besonders gründlich zu hinterfragen, ob wirklich alle Schäden schadenbedingt sind.

Aus dem zur Substantiierung des Vortrages durch den Geschädigten Gesagtem folgt, daß auch der Meinung zu widersprechen ist, welche allein aus dem Bestreiten des Vorschaden – also den Nichtvortragen zu diesem – schließt, daß der Geschädigte dem Gericht keine

---

<sup>76</sup> OLG München Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261

<sup>77</sup> OLG Düsseldorf Urt. v. 15.01.2013 -1 U 153/11; OLG Düsseldorf, Urt. v. 11.02.2008 – I-1 U 181/07 = NZV **08**, 295; Eggert a.a.O., Rdnr. 111 mit Hinweis auf BGH, Urt. v. 08.05.1973 – VI ZR 101/71 = NJW **73**, 1283

<sup>78</sup> ausführlich dazu BGH, Urt. v. 07.07.1970 – VI ZR 233/69 = VersR **70**, 924; BGH, Urt. v. 09.06.1994 – IX ZR 125/93 = BGHZ **126**, 217ff; OLG München, Beschl. v. 25.11.2005 - 10 U 2378/05

<sup>79</sup> BGH, Urt. v. 22.10.1987 – III ZR 197/86 = NJW-RR **88**, 410; BGH, Urt. v. 18.02.1992 – VI ZR 367/90 = DAR **92**, 262; Thomas/Putzo/Reichold, ZPO, 27. Aufl. 2005, § 287 Rz. 9

<sup>80</sup> BGH, Urt. v. 16.09.2003 – X ZR 142/01 = GRUR **04**, 50; OLG München, Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261; Intensivkurs zur ZPO, S. 3 unter II 2 c [URL: [www.jura.uni-mannheim.de/pdf/Intensivkurs-zpo.pdf](http://www.jura.uni-mannheim.de/pdf/Intensivkurs-zpo.pdf)]

<sup>81</sup> LG Dessau, Urt. v. 29.03.2012 – 5 S 204/11

Schätzmöglichkeit eröffnet habe und die Klage daher abzuweisen sei. Man kann nicht allein aus einem Bestreiten auf die mangelnde Substantiierung folgern.

In Fällen eines verschwiegenen Vorschadens werden bei der Beweiswürdigung jedoch strenge Maßstäbe angelegt.<sup>82</sup>

### **Gutachterkosten**

Der Geschädigte, der weiß, daß die Sache einen kapitalen Vorschaden erlitten hatte, ist verpflichtet, gegenüber dem Schadensgutachter wahrheitsgemäße Angaben zu Vorschäden, deren Umfang und deren Beseitigung zu machen, damit dieser eine konkrete Schadensermittlung auf zutreffender Tatsachengrundlage vornehmen kann.<sup>83</sup>

Dem Geschädigten ist die Fehlerhaftigkeit eines Schadengutachtens dann zuzurechnen, wenn er zumindest fahrlässig den Gutachter nicht über Vorschäden informiert. Die Kosten eines solchen Gutachtens sind nicht zu ersetzen.<sup>84</sup>

### **Fazit**

Häufig führt bei einem nicht reparierten Vorschaden mangelnde Abgrenzbarkeit dazu, daß ein Anspruch nicht durchsetzbar ist, wobei sich der Geschädigte durch das Verschweigen des Vorschadens noch zusätzlich in Beweisschwierigkeiten bringt. Generell ausgeschlossen ist jedoch die Durchsetzung des Schadenersatzanspruchs allein aufgrund von Altschäden nicht.

---

<sup>82</sup> OLG München Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261

<sup>83</sup> OLG Hamm, Beschl. v- 23.10.2015 – I-9 U 78/15

<sup>84</sup> OLG Saarbrücken, Urt. v. 28.02.2013 – 4 U 406/11 = NJW-RR **13**, 1498; OLG Düsseldorf Urt. v. 15.01.2013 – I-1 U 153/11; OLG München, Urt. v. 27.01.2006 – 10 U 4904/05 = NZV **06**, 261;